

Korrespondenz

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Zeugungspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug. Das Einzelheft 15 Pf. ohne Porto. Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend. Schiffsleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreilindstr. 5

69. Jahrgang

Berlin, den 11. April 1931

Nummer 29

Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

Die von der Reichsregierung Ende Januar d. J. eingesetzte Gutachterkommission zur Beratung des Arbeitslosenproblems, über deren Aufgabenkreis und Zusammenfassung wir schon in Nr. 13 vom 14. Februar berichtet haben, hat vor einigen Tagen ein Teilergebn abgesehen und der Öffentlichkeit übergeben. Der erste Abschnitt behandelt die Verkürzung der Arbeitszeit zugunsten von Neueinstellungen; der zweite die Einschränkung ungerechtfertigten Doppelverdienstes.

In der Arbeitszeitfrage werden vorgeschlagen einmal Verwaltungsmaßnahmen, und zwar Arbeitszeitverkürzung in den öffentlichen Betrieben, reichliche Bemessung der Lieferfristen bei öffentlichen Aufträgen und Einwirkung der Schlichtungsbehörden auf Verkürzung der tarifvertraglichen Arbeitszeiten. Sodann aber schlägt die Kommission den Erlass eines Gesetzes vor, das die Reichsregierung ermächtigen soll, mit Zustimmung des Reichsrats für einzelne Gewerbebezirke oder Berufe die Höchstdauer der regelmäßigen werktäglichen Arbeitszeit bis auf 40 Stunden wöchentlich herabzusetzen.

Dabei soll in jedem Falle geprüft werden, ob die Herabsetzung technisch und wirtschaftlich möglich und nach der Zahl der auf dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehenden Arbeiter durchführbar ist. Ausgenommen bleiben Betriebe, die in der Regel weniger als zehn Arbeitnehmer beschäftigen. Hier von abgesehen entspricht der Geltungsbereich den Bestimmungen der geltenden Arbeitszeitverordnung. Landwirtschaft und Hauswirtschaft scheiden also von vornherein aus. Von einer allgemeinen Herabsetzung der Arbeitszeit durch das Gesetz selbst wird abgesehen, da es nach Auffassung der Kommission mannigfache Ausnahmen erfordern würde, und es namentlich fraglich ist, ob und wie weit für gewisse Gewerbebezirke, z. B. Bergbau, Baugewerbe, Verkehrsgewerbe, Gast- und Schankwirtschaft, Handelsgewerbe, die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit ohne ernste Unzulänglichkeiten auf weniger als 48 Stunden beschränkt werden kann. Die Herabsetzung braucht nicht auf 40, sie kann auch z. B. auf 42 Stunden erfolgen, und es soll möglich sein, entweder eine Kürzung der täglichen Arbeitszeit oder die Fünftage-Woche oder die Kürzung nur innerhalb eines mehrwöchigen Zeitraums (z. B. fünf Arbeitswochen, eine Ferienwoche) einzuführen. Die Vorschriften über Sonntagsarbeit sollen unberührt bleiben.

Die Beantwortung der Frage des Lohnausgleichs hält die Kommission für außerordentlich schwierig. In der gegenwärtigen Krise erscheine ein Lohnausgleich, der zu einer Erhöhung der Gestehungskosten führen würde, im allgemeinen nicht tragbar. Inwieweit sich nötigenfalls ein gewisser Ausgleich auf anderem Wege ermöglichen lasse, sei von Fall zu Fall zu prüfen. Einige Vorschläge für einen teilweisen Lohnausgleich aus öffentlichen Mitteln werden im Gutachten erörtert, aber verworfen.

Von einem Zwang zur Neueinstellung von Arbeitnehmern will die Kommission unter Hinweis auf frühere Erfahrungen absehen.

Die auf Grund von Tarifverträgen zulässige Ausdehnung der Arbeitszeit über 48 Stunden (in Zukunft über die durch die Anordnung etwa festgesetzte kürzere regelmäßige Arbeitszeit) hinaus soll noch außerdem von behördlicher Genehmigung abhängig sein. Hierdurch will die Kommission die Beteiligung unterarbeiteter Arbeiter erreichen. Ein vollständiges Verbot aller Überarbeit hält die Kommission aus wirtschaftlichen Gründen nicht für möglich. Ebenfalls soll, um Mißbräuche wirksam zu bekämpfen, die Mindestfriste für vorläufige Überschreitung der Arbeitszeit von 3 auf 50 W. erhöht werden. Der Anreiz zur Anordnung wie zur Übernahme von Überarbeit soll dadurch vermindert werden, daß der Überstundenzuschlag nicht mehr wie bisher durch Vereinbarung auf ein sehr geringes Maß herabgesetzt werden darf, sondern mindestens ein Viertel des Grundlohnes betragen muß, dieser Zuschlag aber nicht dem Arbeiter, sondern der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung zufließen soll. Diese Beschlüsse hat die Kommission einstimmig gefaßt.

In der Frage der Doppelverdiener schlägt die Kommission nach einstimmigem Beschluß Eingriffe auf gesetzlichem Wege nicht vor. Nur in einem Punkt weicht eine Minderheit der Kommission hier von ab, bei den verheira-

teten Beamtinnen. Die Kommission verlangt dagegen, daß den privaten Arbeitgebern die Berücksichtigung der sozialen Verhältnisse bei der Besetzung der Arbeitsplätze gelegentlich empfohlen werden soll. Das soll nicht nur bei Entlassungen und Neueinstellungen geschehen. Die Unternehmer sollen vielmehr auch ihre vorhandenen Beschäftigten daraufhin durchprüfen, ob Arbeiter mit einem anderweitig gesicherten Einkommen ersetzt werden können. Alle Entscheidungen sollen im Zusammenwirken mit den Betriebsvertretungen getroffen werden. Schärfer sind die Forderungen, die von der Kommission an die öffentlichen Verwaltungen gerichtet werden. Sie sollen bei ihren Beamten und Dauerangestellten die Genehmigung zu bezahlten Nebenbeschäftigungen durchweg unverzüglich widerrufen und neue Anträge nur dann genehmigen, wenn die Nebenbeschäftigung mit Rücksicht auf die Lage des Arbeitsmarktes verantwortet werden kann. In der Frage der verheirateten Beamtinnen hat sich die Kommission geteilt; die Mehrheit will durch Abfindungssummen zu freiwilligem Ausscheiden anregen, die Minderheit verlangt, daß den verheirateten weiblichen Beamten unter Gewährung einer Abfindung zu kündigen ist, sofern ihre wirtschaftliche Versorgung gesichert erscheint. Die Kommission hat sich auch mit der Pensionskürzung bei Arbeitsentlohnungen befaßt, glaubt aber, in dieser Frage von einem Gutachten absehen zu können, weil sie eine geringe arbeitsmarktpolitische Bedeutung hat und bekanntlich ein Entwurf der Reichsregierung bereits dem Reichstag vorliegt.

Zu diesen Vorschlägen wird die Reichsregierung nach einer früheren Ankündigung im Reichstag noch im Laufe des April Stellung nehmen. Der volle Wortlaut des Gutachtens und seine Begründung wird erst in der nach Abschluß vorliegender Nummer erscheinenden Nr. 10 des „Reichsarbeitsblattes“ öffentlich bekannt gemacht werden. Zu den vorstehend aus vorläufigen Mitteilungen an die Presse entnommenen kurzen Andeutungen des Inhalts des Gutachtens kann daher zunächst nur gesagt werden, daß dessen Kernstück die Empfehlung an die Reichsregierung ist: „für einzelne Gewerbebezirke oder Berufe nach Vornehmheit mit den Beteiligten die gesetzliche Höchstdauer der regelmäßigen werktäglichen Arbeitszeit bis auf 40 Stunden wöchentlich herabzusetzen“. Die Empfehlung lehnt sich teilweise an die Vorschläge des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes an und trifft mit der allgemeinen Tendenz in der Wirtschaft und der Technik zusammen, die Anwendung der teuren Mechanisierung und der über spezialisierten Arbeitsmaschine, die in den letzten Jahren, auch bei guter Konjunktur, kaum auszunutzen, dagegen aber recht teuer sind und hohe fixe Kosten verursachen, zugunsten der menschlichen Arbeitskraft einzudämmen. Man will durch den Motor der menschlichen Arbeitskraft die Kaufkraft in die Breite steigern, d. h. mehr Lohn- und Gehaltsempfänger schaffen.

Auf eine Ankurbelung der Wirtschaft zielt auch die Empfehlung der Gutachterkommission hin, die Auftragspolitik so zu gestalten, „daß lange Arbeitszeiten vermieden werden können“. Die Praxis darf hier nicht stehen bleiben, sie muß versuchen, von einer planmäßigen Auftragspolitik aus Konjunkturpolitik zu machen. Will man hier aber Erfolg haben, dann muß man die öffentliche Hand wieder in die Lage versetzen, mehr Aufträge an die Industrie herauszugeben. In normalen Jahren betragen die Aufträge, die die öffentliche Hand an die deutsche Industrie vergibt, etwa 4 Milliarden Mark. Sie mußte in den Notjahren die Aufträge um mehr als 50 Proz. droffeln, vor allem deshalb, weil ihre eigene falsche Anleihepolitik den Weg zu den Kapitalmärkten versperrte. Man muß, um wirklich die Wirtschaft zu beleben, der öffentlichen Hand die finanzielle Möglichkeit geben, der Wirtschaft durch Massenaufträge unter die Arme zu greifen.

Abschließend kann gesagt werden, daß man durch Verkürzung der von der Kommission gemachten Vorschläge schon zur Milderung der Arbeitslosenfrage beitragen kann. Der Reichsregierung bleibt es nun überlassen, die Vorschläge der Gutachterkommission wirtschaftspolitisch zu untersuchen. Im übrigen kommt es darauf an, in welchem Geiste die Vorschläge der Kommission durchgeführt werden. In diesem Zusammenhang mutet es seltsam an, daß die Ermächtigung der Reichsregierung, die Arbeitszeit herunterzusetzen, sich nicht auch auf solche Betriebe erstreckt, die in der Regel weniger als 10 Arbeitnehmer beschäftigen“. Auch über die Frage des Lohnausgleichs wird noch lange nicht das letzte Wort gesprochen sein.

Gewerkschaften und Rationalisierung

Die deutschen Gewerkschaften nehmen für sich in Anspruch, die Rationalisierung in der Industrie vorwärtsgetrieben zu haben. Daraus hat man den Gewerkschaften einen Strich zu drehen versucht. Man sagt, daß die Rationalisierung zur Krise geführt habe und daß die Gewerkschaften diese Entwicklung gefördert hätten. Die Unternehmer insbesondere haben ja die Krise am Arbeitsmarkt damit begründet, daß die Lohnpolitik der Gewerkschaften sie zur überfertigten Anschaffung von Maschinen zwang; die Maschine aber verdrängte Arbeiter. Mit diesen falschen Darstellungen beschäftigte sich der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Theodor Leipart im Jahresbuch der Sozialpolitik. Er betont, daß hin und wieder selbst einzelne Mitglieder der Gewerkschaften an der Zweckmäßigkeit der Faltung irre geworden seien, die die Gewerkschaften gegenüber der Rationalisierung einnehmen. Der erste Eindruck der Auswirkungen der Rationalisierung auf den Arbeitsmarkt sei freilich niederdrückend. Man übersehe aber dabei allzu leicht, daß die Rationalisierung selbst die Gegenkräfte gegen die Verdrängung von Arbeitern in den Betrieben in sich trage. Jede Maschine, die später menschliche Arbeitskraft ersetzen soll, müsse erst einmal entworfen und gebaut werden. Sie gibt also zahlreichen Konstrukteuren, Drechern, Monteuren usw. neue Arbeitsgelegenheit. Jede Maschine, die ein Betrieb an die Stelle der entlassenen Arbeiter setzt, benötigte Wartung und Ausbesserungen. Sie schafft also Arbeitsplätze für Maschinenmeister, Reparaturmechaniker usw. Es dürfte bekannt sein, daß die modernen Riesenbetriebe immer mehr dazu übergehen, sich für ihre unendlich vielfältigen Apparate- und Maschinensysteme eigene Konstruktions- und Reparaturwerkstätten anzuschließen. Auf diese Weise kehrt ein Teil der menschlichen Arbeitskraft, die „infolge“ der Rationalisierung überflüssig wird, in anderer Form wieder in den Betrieb zurück.

Ein anderer Standpunkt als der, den Leipart gegenüber der Rationalisierung annimmt, ist unmöglich. Hätte die deutsche Industrie nicht rationalisiert, hätten die Gewerkschaften nicht zur teilweisen Umstellung gedrängt — das Drängen war durch das Bestreben nach höheren Löhnen bedingt —, dann würde die deutsche Industrie heute das Schicksal der deutschen Landwirtschaft, die nicht rationalisiert hat, teilen. Sie würde verfaulen sein. Sie würde ihre Wettbewerbsfähigkeit gegenüber dem Ausland, die während des Krieges und in den Inflationsjahren verloren ging, nicht wiedergewonnen haben. Die Krise auf unsern Arbeitsmärkten wäre noch schlimmer. Die Nichtrationalisierung würde viel mehr Arbeitslose geschaffen haben als die Rationalisierung. Die Nichtrationalisierung hätte zum Teil das Ende der deutschen industriellen Wirtschaft bedeutet. Die Rationalisierung bedeutet nur die Krise, die ohne Zweifel überwunden werden kann.

Aber selbst die Rationalisierungskrise, in der wir jetzt stecken, ist nicht ein wesentlicher Bestandteil der Rationalisierung. Wenn diese Krise mit furchtbarer Gewalt über uns hereingebrochen ist, so liegt das daran, daß wir falsch rationalisiert haben. Wir haben eine Massenproduktion geschaffen, ohne die Preise zu verbilligen. Der Markt konnte also die Ware nicht aufnehmen. Die sinkenden Gestehungskosten schafften keine neue Arbeitsgelegenheit. Leipart betont in seinem Artikel, daß die Gewerkschaften, die den Gedanken der Rationalisierung anerkennen, nicht dafür verantwortlich gemacht werden können, daß in Deutschland falsch rationalisiert worden ist. Die Rationalisierung stelle sich in Deutschland als Festbatterierationalisierung und als Kapitalflucht dar. Der erste Akt des deutschen Rationalisierungsspiels, nämlich die Umorganisierung der Betriebe, ist, so betont Leipart weiter, hervorragend gelungen. Der zweite Akt, nämlich die Markteroberung für die vergrößerte Produktion, ist noch nicht über die Bretter gegangen. Es scheint, daß er unter dem Druck der Krise jetzt vor sich gehen wird. Esleichtert wird dieses Nachholen durch das Abgleiten zahlreicher Rohstoffpreise, erschwert durch die bereits durchgeführten Lohnsenkungen. Denn es genügt nicht, daß die Preislenkung nur im Ausmaß der Rohstoffe und Lohnsenkungen erfolgt; sondern sie muß weit über diese Beträge hinausgehen, damit die Kaufkraft der Bevölkerung gehoben und dadurch die Aufnahmefähigkeit des Aus- und Inlandmarktes vorbereitet wird.

Im Anschluß daran kommt Leipart auf die Verkürzung der Arbeitszeit zu sprechen. Er führt dafür produktions-

technische und soziale Gründe ins Feld. Im Grunde genommen hängt die Verkürzung der Arbeitszeit mit der Rationalisierung zusammen. Die ungeheure technische Leistung, die sich in einer Steigerung der Leistung pro Kopf ausdrückt, bedingt eine kürzere Arbeitszeit. In Amerika sind rationalisierte Betriebe schon frühzeitig zum 8-Stunden-Tag übergegangen. In Europa, besonders in Deutschland, wurden frühzeitig entsprechende Forderungen aufgestellt. Man hat früher annehmen müssen, die Verkürzung der Arbeitszeit würde sich im Anschluß an die ungeheure Leistungssteigerung pro Kopf, an die größere Leistungsfähigkeit der Produktionsmaschine an einen größeren Wohlstand, ergeben. Jetzt sieht man, daß die Krise auf dem Arbeitsmarkt, die Not, das Arbeitslosenleben, die Arbeitszeitverkürzung erzwingt. Das ändert aber nichts an den Zusammenhängen mit dem technischen Fortschritt. Besser wäre es gewesen, man wäre den ersten Weg gegangen. Dann hätte man die Rationalisierung anders auffassen müssen. Und diese andere Auffassung hängt ohne Zweifel mit unserer Wirtschaftsordnung zusammen. Der Kapitalismus war nicht befähigt, die Rationalisierung ohne größere Erschütterungen unseres gesamten Wirtschaftslebens durchzuführen. Zum Schluß seines Artikels sagt Leipart folgendes: „Der Verlauf der Rationalisierung innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft erinnert an die berühmte Echterner Springprojektion: Drei Schritte vorwärts, zwei Schritte zurück. Müßen sich die Gewerkschaften mit diesem Schicksal abfinden oder sollen sie versuchen, den Kapitalismus zu biegen, so lange die Kraft nicht ausreicht, ihn zu brechen? Ist es nicht möglich, allmählich, aber unaufhaltsam, dem kapitalistischen Wirtschaftssystem planwirtschaftliche Gedankengänge aufzuzwingen, also mit der Zeit ein sozialistisches Kreis nach dem andern auf den Baum des Kapitalismus aufzupropfen? Das Wirken der Gewerkschaften ist ein Zeichen dafür, daß sie diese Frage bejahen und daß sie unablässig bemüht sind, die Schäden des jetzigen Wirtschaftssystems zu beseitigen und Stein um Stein zusammenzutragen zu dem großen Gebäude der zukünftigen Wirtschaftsordnung.“

Wohin geht die Ferienreise?

Die ersten warmen Frühlingstage verlocken auch den arbeitenden Menschen, wieder Pläne für die Urlaubszeit aufzustellen. Und mögen es auch nur wenige Tage sein, die für die Erholung von dem Jahres Arbeitslast vorgelesen sind, es möchte doch jeder einmal andre Eindrücke aufnehmen, andre Landschaften sehen und eine andre Luft atmen. Diese Verführung der Ferientage ist der Arbeiterklasse heute dadurch ermöglicht worden, daß von vielen Gewerkschaften eigne Ferienheime in landschaftlich reizvollen Gegenden unterhalten werden. Auch sind viele Gewerkschaften großen Ferienheimgenossenschaften beigetreten und haben so für ihre Mitglieder Vergünstigungen für den Besuch der von den Genossenschaften bewirtschafteten Heime erwirkt. Den graphischen Gewerkschaften steht das schöne Ostseeheim der „Ferienheimstätten-Genossenschaft Gutenberg“ in Graal zur Verfügung. Unsere

den das Heim selbst billig vermietet, an den Schönheiten des Seebildes erfreuen. Eine breite Strandpromenade mit vielen Kutschbänken und ganz besonders die große Seebühne sind beliebte Ziele der Erholung suchenden Badegäste. Der Aufenthalt in Graal ist zu jeder Jahreszeit empfehlenswert. Die schönen, ausgedehnten Wäldungen bieten selbst bei weniger gutem Wetter noch genügend Schutz, um Spaziergänge und größere Ausflüge zu unternehmen. Gelegenheit zu Bootfahrten und Dampferausflügen sind ebenfalls vorhanden. Die zahlreichen anerkennenden Zuschriften unserer Gäste beweisen immer



Strandleben im Ostseebad Graal.

wieder, wie angenehm betriebligt sie durch den Aufenthalt in unserem Heim und in Graal selbst gewesen sind. Und wenn nicht wirtschaftliche Nöte hindern eintreten, kehren unsere Besucher wiederholt bei uns ein, oder sie empfahlen Bekannte und Freunde, die dann bei uns Aufnahme fanden. Wir versuchen stets, im Heim selbst unsere Gästen alle Annehmlichkeiten zu bereiten. Unsere Kollegen aber können unser Bestreben am besten dadurch unterstützen, daß sie von den vorhandenen Einrichtungen regen Gebrauch machen. Darum sollten unsere Berufsgenossen, wenn sie an die Ausarbeitung ihrer Urlaubspläne gehen, sich um einen Aufenthalt in unserm Ferienheim bewerben. Sie werden sicher die an der schönen Ostsee verbrachten Ferientage zu ihren unvergesslichen Lebenserinnerungen zählen. — Bewerbungen für die Aufnahme in unserm Ferienheim in Graal sind zu richten an die „Ferienheimstätten-Genossenschaft Gutenberg“, Berlin S 24, Luisenufer 37. Allen Anträgen ist Rückporto beizufügen.

Korrespondenzen

Beuthen O. S. (Maschinenseher.) Die Generalversammlung des Bezirks Deutsch- und Polnisch-Oberschlesien fand am 15. März in Beuthen statt. Nach Erledigung einiger Eingänge und nach Kenntnisnahme des Geschäfts- und Kassenerichts, die beide die Zustimmung der Versammlung fanden, referierte Vorsitzender Hartwig über die Hauptversammlung der Gauvereinerung in Breslau. Eine lebhafteste Diskussion schloß sich an, die sich in der Hauptsache gegen den gefällten Lohnschiedspruch wandte. Die Vorstandswahl ergab Neuwahl des Vorsitzenden (Kollege D. B.) und des Schriftführers. Neu angenommen wurden zwei Kollegen. Einen breiten Raum nahm das im Herbst stattfindende 25jährige Stiftungsfest ein, dessen Vorbereitung dem Vorstand überlassen wurde. Unter „Vergleichen“ gab der zweite Vorsitzende einen Situationsbericht aus Polnisch-Oberschlesien. Er sprach auch über den in Kürze stattfindenden Tarifabschluß.

Böhm. Am 22. März fand unsere erste diesjährige Bezirksversammlung hier statt. Sie war gut besucht. Nach Erledigung des Geschäftlichen und Entlastung des Kassierers nahm die Versammlung zum Königsberger Streik Stellung. Alsdann folgte ein Vortrag unseres zweiten Gauvorsitzers Fette über das Thema: „Gewerkschaftliche und politische Zeitfragen“. Eingehend auf die Ursachen der katastrophalen Arbeitslosigkeit glaubt Redner die Zeit bald gekommen, daß von Regierungseite als sogenannte Notverordnung den Forderungen der Gewerkschaften auf Einführung der 40stündigen Arbeitswoche Rechnung getragen wird. Eine gründliche Abfuhr erhielten die NSDAP. und die UGD., denen es hauptsächlich nur darum geht, Verwirrung in die Arbeiterkraft hineinzubringen. Die Versammlung folgte den Ausführungen bis zum Schluß mit höchstem Interesse und bezogte durch reichen Beifall ihr Einverständnis mit dem Gehörten. Nach Erledigung eines eingegangenen Antrags und Bestimmung des Ortes der nächsten Versammlung war die reichhaltige Tagesordnung erschöpft.

Chemnitz. (Maschinenseher.) Am 15. März fand unter sehr zahlreicher Beteiligung aus dem ganzen Gau in Mauen die diesjährige Jahresversammlung unserer Gauvereinerung statt. Nach Bekanntgabe der Eingänge erkrankte Kollege W. I. d. A. W. e. h. n. e. r. den Tätigkeitsbericht über das abgelaufene Jahr. Ausgehend von der allgemeinen tröstlichen Wirtschaftslage, behandelte er eingehend die Lage in unserm Gewerbe. Der Kassenericht wies einen Kassenbestand von 1704 M. auf. Nachdem dem Kassierer für sein vortreffliches Rechnungswesen einstimmig Entlastung erteilt worden war, wurde die Wahl des Vorstandes vorgenommen. Sie ergab einstimmige Wiederwahl des jetzigen Vorsitzenden Wehner. Sodann hielt uns Herr Dr. med. G. w. a. l. d. S. i. n. o. n. (Mauen) einen Vortrag über „Die Weltkrise“. Seine allgemein verständlichen Ausführungen über die einzelnen Symptome und Phasen dieser Krankheit wurden am Schluß mit überaus reichem Beifall bedacht. Unter „Tariflichem“ wurde nochmals der Lohnraubschiedspruch behandelt und scharfe Kritik an der Haltung des Unternehmensleiters geübt. Im Sommer dieses Jahres soll in einer gemeinsamen Wanderversammlung der Bezirke Zwickau und Chemnitz in Glauchau der Film der Intertype gezeigt werden. Die vierte Jahresversammlung findet 1932 in Zwickau statt. Sie wird verbunden mit dem 25jährigen Bestehen des Bezirks Zwickau und dem 15jährigen Bestehen der Gauvereinerung. Zum Schluß der Versammlung gab Kollege Wehner der Hoffnung Aus-

druck, daß die nächstjährige in Zwickau noch zahlreicher besucht sein werde. Zu Beginn der Versammlung wurde nochmals des ehemaligen Bezirksvorsitzenden von Zwickau, des Kollegen Robert Hesse, gedacht, der allzu früh für uns zur großen Arme abberufen wurde. Seine Verdienste um die Sparte im Bezirk wie im Gau wurden gebührend gewürdigt. — Am Nachmittag wurden von zahlreichen Kollegen die Grauer Troppfsteinhöhlen besichtigt.

Darmstadt. (Druker.) Am 21. März fand unsere Generalversammlung am 21. März. Zuerst gedachten wir ehrend eines verstorbenen Kollegen. Dann gab Vorsitzender Schöfer den Jahresbericht in ausführlicher Weise und betonte, daß es unser Bestreben sein muß, der Arbeitslosigkeit entgegen zu wirken. Dann wurde Kollege B. e. t. e. r. als Jubilar geehrt und ihm eine Kadrierung überreicht. Den Gabritten und ihrer Vertreter, die uns im Vorjahr förderten, sowie den Referenten auf diesem Wege nochmals vielen Dank. Der Kassenericht war den wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechend ein guter. Der Vorstand wurde wiedergewählt, bis auf den Vorsitzenden, der wegen Überlastung zurücktritt. An seiner Stelle übernahm Kollege H. i. b. e. r. den Vorsitz.

Detmold. Wir hatten am 22. März wieder eine gut besuchte Generalversammlung. Anfangs fand eine große Anzahl Eingänge zur Verlesung. Zu dem Tagesordnungspunkt „Berechnung organisatorischer Zeit- und Berufsfragen“ referierte Kollege K. o. r. e. t. a. m. p. über die Wirtschaftskrise. Einleitend erläuterte Redner die kapitalistische Wirtschaftsweise bis zur heutigen Krise und zur Rationalisierung mit ihren Kontroll- und Antreibesystemen. Speziell für unser Gewerbe behandelte Redner die Entwicklung der Notation und Schnellpresse. Die sabelhafte Entwicklung dieser Maschinen habe mit dazu beigetragen, daß die augenblickliche große Arbeitslosigkeit im Druckerberuf so stark in Erscheinung trete. Redner forderte Verkürzung der Arbeitszeit zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise. Als zweiter Redner sprach Kollege L. i. d. e. r. m. a. n. n. über „Die Unterstützungseinrichtungen unserer Organisation“. Dieses Thema, für jeden Kollegen interessant, behandelte Redner in ausführlicher Weise und ermahnte die Kollegen sich an ihre Pflichten. Eine dieser ersten Pflichten der Mitglieder ist die rege Beteiligung an Organisations- und Versammlungsleben. Kollege S. a. t. t. e. n. h. a. u. e. r. entwickelte hierüber Gedanken, die Eindruck erzielten, und sprach sich dahin aus, daß planmäßig versucht werden muß, auch den letzten Schwänzer am Versammlungsleben zu interessieren. Abschließend wurde eine Druksachenrundschau besprochen.

Eberfeld. In unserer Versammlung am 21. März sprach zum erstenmal in unserm Kreise der neugewählte Gauvorsitzer Kollege F. e. t. t. e. (Köln). Das Thema lautete: „Gewerkschaftliche und politische Zeitfragen“. Mit feinen zeitgemäßen Ausführungen hatte der Redner sich die Herzen der Anwesenden erobert, und es kam zum Ausbruch, daß die Kollegen von Rheinland-Bekanntem mit dem Kollegen Fette als Gauvorsitzer einen guten Griff gemacht haben. Aber den Antrag des Bezirks Düsseldorf auf Einberufung eines außerordentlichen Verbandstages wurde zur Tagesordnung übergegangen. Mit der Erledigung einiger dringlicher Angelegenheiten fand die anregend verlaufene Versammlung ihren Abschluß.

Freiburg i. B. (Druker.) Die Generalversammlung unseres Bezirksvereins fand am 22. März bei nächstem Besuch statt. Vorsitzender Böhl begrüßte die Erzhilfen, ganz besonders die Vertreter der übrigen Sparten. Dann gab er ein Rundschreiben der Zentralkommission bekannt, von dessen Inhalt die Kollegen mit Interesse Kenntnis nahmen. Auch gedachte er unseres Kollegen H. u. b. e. r. der die Geschäfte des Vereins leitete bis zu seiner Abreise nach Italien. An dieser Stelle sei dem Kollegen nochmals herzlich gedankt für all seine aufopfernde Arbeit für die Druckersparte. Alsdann erstattete der Vorsitzende einen ausführlichen Jahresbericht. Daran schloß sich der Jahresbericht der Technischen Kommission, den Kollege S. c. h. w. a. r. z. w. ä. d. e. r. erstattete. Es ist hier immer noch das alte Ael zu beklagen, woran auch andre Sparten tranke: die zu geringe Beteiligung der Mitglieder. Kassierer T. u. m. berichtete über die Kassenverhältnisse. Trotz der erhöhten Ausgaben konnte ein ansehnlicher Betrag auch für das neue Geschäftsjahr verbucht werden. Dem Kassierer wurde für die einwandfreie Kassenführung Entlastung erteilt. Einem Antrag auf Herabsetzung des Beitrags wurde nach ziemlich langer Diskussion zugestimmt. Die dann getätigte Vorstandswahl ergab die einstimmige Wiederwahl des alten Vorstandes, mit Ausnahme eines Mitgliedes der Technischen Kommission. Am Schluß der Versammlung bat der Vorsitzende die Kollegen, sich mehr als bisher in den Dienst der Sparte zu stellen.

Gera. (Handseher.) In unserer Versammlung am 21. März brachte eingangs Vorsitzender R. a. n. t. e. eine Reihe Eingänge zur Kenntnis und befragt dann den Artikel in Nr. 3 der Mitteilungen der Zentralkommission „Die Handseher in der Verbandskassette“. Ein Antrag des Vorstandes, die Arbeitslosen vom zweiten Quartal an vom Spartenbeitrag befreit zu lassen, fand einstimmige Annahme, trotzdem die Bereinigung Gera im Gau den niedrigsten Monatsbeitrag hat. Dem Vorschlag des Vorstandes der Gauvereinerung, die zweite Wanderversammlung am 17. Mai in den Döten des Gaus in Jena stattfinden zu lassen, stimmte man zu und beschloß nach Aussprache, den daran teilnehmenden arbeitslosen Mitgliedern die Hälfte des Fahrgeldes aus der Kasse zu erstatten, über eine vorliegende Rundschau von Druksachen aus Handsehervereinerungen hatte Kollege K. a. u. l. G. e. i. t. das Referat übernommen. Er besprach die einzelnen Arbeiten in klarer, verständlicher Weise und knüpfte daran die Mahnung, daß gerade mit Rücksicht auf die jetzigen und kommenden Zeiten alle Handseher Kräfte hätten, sich im Berufe weiter zu bilden, um in aller Fälle den immer größer werdenden Anforderungen, die an die Handseher gestellt würden, gerecht werden zu können, nicht zuletzt im Interesse der Handseher selbst. — Nach Schluß der Versammlung blieben die Kollegen noch in Gesellschaft beisammen.

Görlitz. (Wertelehre.) Mit besten Wünschen für einen glücklicheren Verlauf des neuen Jahres eröffnete Kollege K. o. h. o. die Jahresversammlung und gab nach Erledigung geschäftlicher Mitteilungen Bericht über die außerordentliche Bezirksvorstandskonferenz in Breslau, die sich hauptsächlich mit den damaligen Lohnverhandlungen beschäftigte. Neu gewählt als Leiter der Verbringungs-



Ferienheim „Villa Maria“ der Ferienheimgenossenschaft „Gutenberg“ in Graal. Mitglieder und ihre Familien finden in dem Heim Aufnahme. Das Heim ist von Anfang Mai bis Ende September geöffnet. Rund 45 Betten stehen zur Verfügung. Einzelzimmer und Zimmer mit zwei und mehr Betten sind vorhanden. Sämtliche Zimmer sind solide und geschmackvoll eingerichtet und haben zum größten Teil Veranden. Der Aufenthaltspreis ist den örtlichen Verhältnissen nach gering bemessen. Je nach der Lage des Zimmers wird eine Miete pro Bett und Tag von 1,50 M. bis 2 M. erhoben; für Kinder von zwei Jahren aufwärts sind 50 Pf. pro Tag zu zahlen. Für die Verpflegung werden pro Tag und Person 3 M., für Kinder von 10 bis 14 Jahren ebenfalls 3 M., von 6 bis 10 Jahren 2 M. und von 2 bis 6 Jahren 1,50 M. berechnet. In den Mietbeträgen sind die Kosten für Bettwäsche und elektrisches Licht einbezogen. Die Mahlzeiten werden in einem schönen, in freundlichen Farben gehaltenen Speisesaal gemeinsam eingenommen. Eine Oberin leitet das Heim. Insuperdem sind ein Hausdiener, eine Köchin, zwei Küchenmädchen und zwei Stubenmädchen bemittelt, für das Wohlbehagen unserer Gäste zu sorgen. Besondere Bedienungsgelder werden nicht erhoben.

Das Ostseebad Graal liegt an der Bahnhofsstraße Ostsee-Rivershagen-Mitzi. Nach dem ebenfalls interessanten Warmemünde sind angenehme Ausflugsmöglichkeiten vorhanden. Eine prächtige waldrreiche Umgebung gibt dem Ostseebad Graal den besonderen Reiz. Schöner alter Hochwald bietet Gelegenheit zu hundentägigen Wanderungen. Der herrliche breite Strand ist ein wunderbarer Zummelplatz für die badefreudigen Gäste. Und wer weniger Wert auf das kalte Seebad legt, kann hier anregende Spaziergänge machen oder sich in einem bequemen Strandkorb,

Abteilung wurde Kollege Latz. Interessantes gab selbiger als Delegierter im Ortsauschuß des DGB, von den Bemühungen der städtischen Kreisbaukommission zur Kenntnis. Bei näherer Befichtigung der erzielten Resultate ist eine fühlbare Entlastung für den Arbeiterhaushalt nicht wahrzunehmen, und es sei daher der ganze Preisabbau wohlweislich als Bluff zu bezeichnen. Trotz der vielen Arbeitslosen am Ort kann immer noch eine wenn auch geringe Unterstützung an die wöchentlich gezahlt werden. — Die Verammlung am 7. Februar beschäftigte sich ausschließlich mit dem Schiedsspruch. Wenn die Verbindlichkeit zwar noch nicht ausgesprochen, so war sie doch bestimmt zu erwarten. Tiefe Enttäuschung und gerechte Enttäuschung kam in der Aussprache zur Geltung über das halstarrige und jegliche Vernunft vermissen lassende Verhalten der Unternehmer, besonders in Bezug auf die Verzögerung der Arbeitszeit zugunsten der vielen Tausenden drückender Hände. Daß unsere Vertreter das Beste wollten und alles getan haben, um Ungünstiges für die Mitglieder abzuwehren, wurde wohl anerkannt, nur wäre mehr Aktivität im allgemeinen dem rücksichtslosen Unternehmertum gegenüber am Platz gewesen. Folgende Entscheidung, die an den DGB, sowie Verbandsvorstand abgehandelt wurde, fand mit großer Mehrheit Annahme: Die Verammlung des Ortsvereins Görlitz beschäftigte sich eingehend mit dem Schiedsspruch, der einen sechsprozentigen Lohnabbau im Buchdruckgewerbe vorseht. In erregter Aussprache verlangt die große Mehrheit der Besucher, daß der DGB mit der SPD, der Brünnig-Regierung, die den Lohnabbau ohne eine Arbeitszeitverlängerung als Programmziel betrachtet und auf Grund der Schlichtungsordnung durchführt, jede Unterfertigung verweigern soll, da sonst die wirtschaftliche Lage der Arbeiterschaft im Sinne der Unternehmer zu einem verzweifelten Ende führen muß! Kollege Kroh nahm im Schlusswort unsere Führer gegen erfolglose Angriffe in Schutz; er betonte, daß die zu erwartende Verbindlichkeitsklärung aus der in der Aussprache mit Recht angegriffenen Schlichtungsordnung hergeleitet werde. Diese sei für unsere Organisation ein Hemmschuh, während andere Gewerkschaften froh wären, daß sie vorhanden sei. Für die jungen arbeitslosen Kollegen finden hier Fortbildungskurse in der Buchdruckfachklasse unter Leitung des Faktors Kollege Hirsch statt, damit sie die Verbindung mit dem Beruf nicht gänzlich verlieren. — Eine gemeinsame Verammlung mit dem Bildungsverband fand am 14. März statt. Ein kurzes Referat des Vorsitzenden Kroh behandelte die lohnrechtliche und gewerblische Lage der verflochtenen Wochen. Ein noch feierter Zusammenkunft der Kollegen wurde notwendig sein, um in besseren Zeiten das jetzt Verlorene wiederzugewinnen. Kollege Oberländer (Berlin) hielt sodann einen hochinteressanten Vortrag über: „Der Kampf um die Reichsregierung!“ Redner machte uns mit den Ursprüngen der Schrift bekannt und zeigte durch Lichtbilder an vielen Beispielen die Notwendigkeit einer Reform der heutigen Schreibweise. Niemand wird bestreiten können, daß hier Rationalisierung am Platz und diese wirkliche Vernunft wäre. Am Schluss seiner erschöpfenden und mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen konnte festgestellt werden, daß die Görlitzer Kollegen sich den Ausführungen des Referenten anschließen in der Weise, daß die absolute Kleinschreibung abzutun ist, schon in Rücksicht auf den Verkehr mit dem Ausland!

Görlitz (Sachsen). Am 7. März hielt Kollege Flegel (Breslau) ein gut durcgearbeitetes Referat über „Gegenwartsfragen der Handfegerpartei“. Die aufgerollten Argumente übertrafen weit mehr als geahnt ihre Mitglieder und, was als wesentlich hier betont werden soll, Kollegen Feige ist es gelungen, uns in den Bestrebungen der Handfegervereingung zu befähigen. In Hand von Statistiken konnte Bewiesen werden, wie von Jahr zu Jahr die Zahl der Handfeger, die einst das Fundament im Verband bildeten, geringer wird. Schon allein diese Tatsache müßte jeden Kollegen bewegen, sich der Sparte anzuschließen und für unsere Arbeitsplatz mitzukämpfen. In der dem Referat folgenden Diskussion konnte man mit Genugtuung feststellen, wie die Kollegen eifrig an den Aufgaben und Zielen der Sparte teilhaben. Der Vorsitzende

Fünfzig Jahre Verbandsmitglied



Artur Kölbl in München
Eingetreten: 7. April 1881
Seht Invalide



Wilhelm Thier in Bochum
Eingetreten: 6. April 1881
Seht Invalide



Gustav Dente in Bauen
Eingetreten: 11. April 1881
Seht Invalide



Rudolf Hieronymus in Jena
Eingetreten: 12. April 1881
„Jenaische Zeitung“



dankte dem Referenten für seine interessanten, dem Handfeger wegweisenden Ausführungen.
Halle a. d. S. (Drucker. — Vierteljahrsbericht.) Das neue Geschäftsjahr begann in der Januarverammlung mit einem Lichtbildvortrag der Firma Klein & Angerer über „Neuerungen am Anlageapparat“. Ein geselliger Abend mit Angehörigen schloß sich an. — In der Februarverammlung referierte Kollege Krüger (Halle) über „Zurichdruck“ und Kollege Köpcke (Cordoba) über „Illustrationen und Buntdruck auf rauhem Papier“. Zu beiden Vorträgen fand eine reiche Ausstellung von Musterdrucken aus dem Reich zur Verfügung. — Der Märzverammlung ging eine Kalenderchau voraus. In der Verammlung referierte Kollege Wittke über „Humor der Zeit in Betrachtung und Beispiel“. Dieser Vortrag fand viel Gehallen. Der Besuch der Veranstaltungen war gut. Ein Beweis für die nützliche Tätigkeit der Sparten.

Hannover. (Handfeger.) Am 22. März fand hier die zweite Vorstandskonferenz der Handfegervereinigungen im Gau Hannover statt. Daran nahmen die Vertreter aller Vereinigungen teil. Kollege Wehrens eröffnete die Konferenz mit einer Begrüßung der Erschienenen, begrüßte auch den anwesenden Gauortsführer, Kollegen Pfingsten, und wünschte, daß sich alle Arbeit, die geleistet wird, zum Besten der Handfegerkollegen auswirken möge. Vertreterungen hatten die Vereinigungen Braunschweig, Donabrück, Hildesheim, Göttingen, Harburg-Wilhelmsburg, Celle und Einbeck entsandt. Vor Eintritt in die Tagesordnung erbat die Konferenz das Ableben des verstorbenen Reichstanzlers a. D. Hermann Müller, dessen Tod durch den Vorsitzenden als ein herber Verlust für die deutsche Arbeiterbewegung bezeichnet wurde. Sodann erläuterte Kollege Wehrens den gedruckt vorliegenden Jahresbericht. Er wies in kurzen Zügen auf die erfolgreiche Arbeit, die durch die Sparte in Verbindung mit der Zentralkommission geleistet ist, hin. Besonders erfreulich für uns sei es, daß es gelungen ist, durch die Verhinderung des Maternaustausches etwas für unsere arbeitslosen Kollegen zu tun. Das Vorgehen erforderte die Einstellung einiger Kollegen. Kollege Scherhaus erstattete den Kassenbericht, der als ein überaus guter zu bezeichnen war. Aus der Berechnungskommission und ihrer Arbeit berichtete Kollege Simstedt. Er wünschte, daß sich die beratenden Kollegen möglichst über die eingeforderten Gutachten äußern, um ihre Tätigkeit beurteilen zu können. Dem Gau Hannover gehören acht Vereinigungen mit über 800 Mitgliedern an. Diese Zahl zu verdoppeln, muß nach den Ausführungen des Kollegen Wehrens unsere Aufgabe für dieses Jahr sein, um die Befange der Handfeger wirksam vertreten zu können. In der Diskussion kam zum Ausdruck, daß es notwendig sei, daß die schon einmal geplante Konferenz der Deputierten der Berechnungskommission abgehalten würde. Die Konferenz könne wirksame Arbeit für die Kollegen leisten und die Organisation leichten. Die Berichte der einzelnen Vereinigungen ließen erkennen, daß ein gutes Stück Arbeit für die Kollegen vom Ratzen geleistet worden ist. Fast überall bestehen Arbeitsgemeinschaften, die sich mit technischen und gewerkschaftlichen Fragen befassen. Aus einem Orte wurde von dem Überhandnehmen der Überstunden in einzelnen Betrieben berichtet. Kollege Pfingsten und einige andre Redner bezeugten das Verhalten der betreffenden Kollegen als unwürdig in einer Zeit, wo so ein großes Heer arbeitsloser Kollegen vorhanden sei. Diesen Überstundenliebenden ins Gewissen zu reden, versprach Kollege Pfingsten, der von der sachlichen Arbeit und leidenschaftlichen Behandlung aller Fragen äußerst angenehm berührt war. Die Berichterstattung von der zweiten Vorstandskonferenz der Handfegervereinigungen des Gaues Nordwest übernahm Kollege Flichez. Er brachte zum Ausdruck, daß es nicht abwegig sei, wenn Delegationen an den Konferenzen eines andern Gaues teilnehmen. Bei der Festsetzung des Gauvereinsbeitrages wurde einstimmig beschlossen, den Beitrag auch in diesem Jahr in alter Höhe bestehen zu lassen. Des ferneren wurde eine Entschädigung für die Tätigkeit des Vorstandes und der Berechnungskommission mit denselben Stimmen beschlossen. Über den „Handfeger nach dem Schiedsspruch“ sprach sodann Kollege Wehrens. Er führte u. a. aus: Es müßte mehr Aktivität durch die ganze Organisation gehen, vor allem sei dieses für den Handfeger am Platz, denn gerade er sei durch den Schiedsspruch am härtesten betroffen. Bei Einführung der vierzigstündigen Arbeitswoche erwarten die Handfeger, daß an ihren Löhnen nichts geändert wird. Die Einführung sei eine Notwendigkeit. Von den Partei- und Genossenschaftsbetrieben hätte man erwarten müssen, daß sie unsere Forderungen in der Form durchgeführt hätten, wie sie vom Verband aufgestellt seien. Anzuregen sei; daß dies in unserm eignen Betrieb erfolgt sei. Unsere Forderungen gingen immer noch dahin: Beseitigung des Arbeitslosenheeres und gerechte Entlohnung auch des Handfegers. Aus der hierauf folgenden Aussprache ging hervor, daß die Einführung der vierzigstündigen Arbeitswoche eine Notwendigkeit ist. Es müßte aber eine dem Verhältnis ent-

Konstantin Meunier

Die Kunst des 19. Jahrhunderts war ganz zu einer Luxusangelegenheit des überflüssigen Bürgerturns erniedrigt worden. Sie diente, wenn schon ein kulturelles Moment als Auftraggeberin anerkannt werden soll, lediglich der ästhetischen Befriedigung einer Gesellschaft, deren Existenz nur durch die mörderische Sklavensarbeit des Proletariats ermöglicht und garantiert wurde. Der arbeitende Mensch in seiner Arbeit, mit seinen Alltagsorgen, seinem dumpfen Groll gegen das schicksalsschwere, lustlose, tiefsinnige Dahinweggeraten fand keinen Eingang in den Gestaltungsbereich der bildenden Kunst. Wenn das Proletariat irgendwie arbeitend oder sich vergnügend dargestellt wurde, so fast immer nur als ein schmähliches, sich in Kneipen herumsehlendes, kulturloses, oft farricertes und einseitig gefehenes Milieubild, dafür man ungerne H und Stiff verschwendete. Erst als die französische Revolution das Erwachen des sozialen Bewusstseins hervorrief, beginnt, wenn auch am Anfang ein wenig unbeholfen und sentimental gesehen, der arbeitende Mensch als handelnde, lebende und später selbstbewusste und aufbegehrende Kreatur Eingang zu finden. Die in einem ungeheuren Tempo fortgeschrittene Entwicklung der naturbewältigenden Technik Europas (denn das ist vornehmlich der geographische Bezirk, der als geschichtliche Unterlage für diese Zeilen gelten soll) mußte den Arbeitsklaven, der mit Schweiß und Blut das Fundament der künftigen Industrialisierung bildete, in den Vordergrund rücken. Die Götter Griechenlands waren aber nicht mehr die Götter des kapitalistischen Europas, und der sorglos heitere Himmel, der über die Akropolis wehte, nicht der Himmel der Fabriken. Einer der Weisen, die sich nicht mit den zeitweiligen Stillleben und Abbildern, die oft zweifelsohne (wie z. B. im Falle der französischen Impressionisten) mit großem materiellen Raffinement als eine Art Genussmittel dem materiell und kulturell gesicherten Bürgertum dar-

gebracht wurden, beligen wollten und sich die Gestaltung der rauhen, oft farblosen, oft wenig geschmackvollen aber doch heroischen Wirklichkeit zur Aufgabe machten, war Konstantin Meunier, an dessen 100. Geburtstagstage wir uns am 12. April erinnern wollen. Er erkannte nach jahrelangen Mühen und geistiger Zagobandage mit scharfer Eindringlichkeit den grandiosen Aufmarsch einer jungen, sich nach Lebensraum und Licht sehenden, Raum und Licht gebieterisch fordernden Klasse.
Als jüngstes von sechs Kindern, denen der Vater, der Steuereinnahmer gewesen war, schon früh verstarb, ist Meunier am 12. April 1831 in Ekerboef, einer Vorstadt Brüssels, geboren. Die Mutter und die Schwestern mußten sich als armelige Modistinnen durch das Leben quälen. Sein ältester Bruder, Jean-Baptiste, war ein bekannter Kupferstecher geworden. Er war es auch, der die ersten Zeichnungen des jungen Konstantin forgierte und ihm, indem er ihn eines Abends in die Gipslafße der Akademie mitnahm, den Eintritt in die Kunst ermöglichte. Konstantin Meunier wird dortselbst Schüler des Bildhauers Fraikin, bei dem er es nach drei Jahren als eine Art Mädchen für alles ausdient. Er von Natur aus mit tiefer Ernsthaftigkeit besetzt, widerstrebte es dem jungen Konstantin, dem wohl die heitere Schönheit der griechischen Antike als Vollendung alles künstlerischen Strebens galt, sich mit den ideo, schwächlichen, epigonenhaften Modellkompositionen nach rührreichen Vorbildern zufriedenzugeben. Es drängte ihn nach Gestaltung erlebter und erfüllter Wirklichkeit. Die Dekranz, die sich zwischen seinen bildhauerischen Versuchen und den von ihm geliebten herrlichen Urbildern antiker Meister aufst, beunruhigte ihn sehr. Nachdem er als Zwanzigjähriger zum erstenmal eine Statue unter dem bezeichnenden Titel „La Guirlande“, eine delanglose Schularbeit im Stile Fraikins, ausstellte, lehrte er der von der Akademie gepflegten und von den Salons gewünschten antikisierenden Gips- und Marmorarbeiten den Rücken und wurde — Maier. Hiernit glaubte er dem Verzen

der Wirklichkeit näher zu kommen, und schon das erste, heute scheinbar verschollene Bild, das er zeigt („Saal im Hochhaus-Krankenhaus“ 1857), kann als Beispiel der inneren wie auch technischen Umwandlung angesehen werden. Die Freundschaft mit Charles de Groux, der, von Courbet und von frühsozialistischen Ideen beeinflusst, einem pathetischen Realismus huldigte, und der als der eigentliche Begründer der Arme-Leute-Malerei gelten kann, ist auch in künstlerischer Beziehung nicht ohne Einfluß auf Meunier geblieben. De Groux waren schon Eugène de Biot und der große Bauernmaler Millet vorausgegangen, aber erst er wird zum Gestalter des proletarischen Genus. Meunier verbündet sich dieser künstlerischen und sozialen Kamerade und malt soziale Leidenbilder von nicht fortzuliegender Eindringlichkeit. („Gend und Empörung des Bauernkrieges von 1797.“ „Der unschuldige Tod des gesteinigten Stephanus“ u. a.) Sein späterer Biograph Camille Lemonnier rät ihm, in die Industriegebiete und Bergwerke seines belgischen Vaterlandes zu gehen. Hier, in der Arbeiter- und Kohlenhölle des Lütticher Landes und der Umgebung von Mons wächst er zu dem Gestalter, den wir in familiärer Zuneigung lieben. Kohlenbergwerke, Fabriken, Eisenbahnhänge, Hafenanlagen, Walzwerke, Hochofen, dazwischen die roten Ziegelblöcke der Industriedörfer, Glasbläser, Hammerhämmer, heimtückende Arbeiter der Höfen, der Eisenhütten, der Ziegeleien, von Wertagsstrom geräuschte Frauen und Mädchen, über denen allen der von Feuer und Qualm zerissen, verurteilt, verachtete Himmel liegt, formt er in Öl, Pastell oder mit dem Kohlenstift, dem er etwas Not beimischt, zu einer verruchten und gleichzeitig grandiosen Welt, in der die Bewältigung der gewaltigsten Naturkräfte, aber auch die Barbarei der unfernen Erwerbsarbeit triumphiert. Es sind Werke, die in ihrer ausdrucksvollen, mildeuerehnen Bewegtheit und Einfachheit, der jede theatralische Pose fehlt, einzigartige Dokumente, nicht nur von künstlerischer, sondern auch von sozialgeschichtlicher Bedeutung sind, und die die Zeiten

sprechende Einstellung Arbeitsloser erfolgen, sonst hätten naturgemäß die Kollegen kein Interesse daran. Auch mußte verjagt werden, die Zahl der Lehrlingsstellen nicht weiter zu vermindern, vor allem sollten die Gesinnungsinhalte bei der Erziehung der Lehrlingszahl nicht mehr mitgeachtet werden. Da die Wanderverammlungen einen wesentlichen Teil zur Förderung der Handwerkerbewegung beitragen, wurde beschlossen, diese im August dieses Jahres in Braunschweig abzuhalten. Wünsche über Ausgestaltung der Wanderverammlung wurden entgegengenommen. Nachdem die Königsberger Vorgänge beleuchtet waren, die uns zeigen sollten, daß nur durch ein einheitliches Vorgehen aller Kollegen etwas zu erreichen ist, wurde die Konferenz geschlossen. Kollege **W e h r e n s** dankte allen für die geleistete Mitarbeit mit dem Wunsch, in der Arbeit für die Organisation nicht zu erlahmen.

Königsberg. Am 31. März fand eine Funktionärerversammlung des Ortsvereins statt, in der sämtliche Drucker, die Gehilfen beschäftigten, vertreten waren. Der Vorsitzende gab zunächst einen Situationsbericht für die Zeit seit 11. März, wo die Mitgliedserversammlung stattfand. Die Unterfertigungsbereitschaft der Kollegen im Reich für die Opfer des Kampfes bringt jeder Tag weiter zum Ausdruck und wird von der Königsberger Kollegenschaft nie vergessen werden. Die Bestätigungen über Geldsendungen werden einzeln übermittelt. Gute Fortschritte hat die Wiederbelebung in der „Sartungsschen Zeitung“ gemacht, und demgemäß geht auch dort die Wdhreibung der Kreiszeitschrift vor sich. In der „Allgemeinen Zeitung“, der größten Druckerzeitung am Ort, wird die schärfste Nationalisierung durchgeführt, und über die Hälfte der Belegschaft (etwa 80 Kollegen) sind noch auf der Straße. In allen andern Druckerereien sind zur Zeit noch 13 Kollegen beschäftigt; ganz vergessen hat man die Wdhreibung des Ortsvorsitzenden, die aber jetzt, nach drei Wochen, prompt nachgeholt wurde. Die übergroße Mehrzahl der Unternehmer hat doch eingesehen, daß mit dem alten erprobten Personal die beste Arbeit geleistet. Unter den Kreiszeitschriften, besonders nichtorganisierten und Mitgliedern eines „Verbandes“, befinden sich wahre Stümper. Unternehmer, die bei jeder Gelegenheit erklären, den Luxus von schwachen Arbeitskräften könne man sich in heutiger Zeit nicht leisten, erlauben sich diesen Luxus jetzt in mehrfacher Auflage. Das „Verbanden Gutenbergs“ hatte sogar eine „Kanone“ als Werber nach Königsberg geschickt, und an allen fiktiven Orten in den Betrieben findet man Werbematerial des Gutenbergsbundes hängen. Tagelang hat der gute Mann geworben, und sogar einen Königsberger Buchdrucker, der bereits viermal in seinem Leben die Farbe wechselte, wieder in sein Reich übernommen. In der „Allgemeinen Zeitung“, wo sämtliche Betriebsratsmitglieder gemäßregelt sind, machte dieser Werber sogar den Vorschlag, unsere Kollegen sollten mit den Kreiszeitschriften eine gemeinsame Betriebsratswahl machen. Eine Freizügigkeit, die nicht überboten werden kann. In den Behörden- und Hausdruckerereien wurde nach besonderem Anstoß der hiesigen Prinzipalorganisation auch der Lohn abgekauft, während des Streiks wurde dort noch zu den alten Bedingungen gearbeitet. In gleichem Sinne wurde in der sozialdemokratischen, der kommunistischen und der Nazi-Druckerei verfahren. Die kommunistische Druckerei „Graphische Werkstätte Ost“ entschied sich mit Vorsehensritten zu einem „Musterbetrieb“ für unsere Ort. Bis zum Sommer vorigen Jahres war dieser Betrieb wirklich vorbildlich für andere Betriebe; Lohn und Arbeitsbedingungen waren gut. Nachdem die Geschäftsführung „Kinteneue Genossen“ übernahm, ging es mit jedem Tag bergab, und zwar in jeder Beziehung. Die Schlußfesseln, ob unsere dortigen Kollegen auch wirklich sozialistisch seien, setzen ein, und bald folgten Maßnahmen, wie wir sie hier am Ort in normalen Zeiten von keinem bürgerlichen Betrieb kennen gelernt haben. In ihren Leistungen auf höherer Stufe stehende Verbandskollegen wurden rückwärts auf die Straße geschickt; Gehalt und soziale Verhältnisse vollständig mißachtet. Auf dem Arbeitsgericht mußte ein Abonnement bestellt werden; Urlaub für wachzunehmende Termine wurde verweigert. Außer dem sechszehnten Lohnabbau gab es für die

„Parteilied“ noch ein Extrageschäft von 5 Proz. weniger. Wie sieht nun in diesem Betrieb der Wdhreibung aus? Trotz ungeheurer Arbeitslosigkeit am Ort wird „beholden und befohlen“, daß als „Parteilied“ „Sindio viel Gratisstunden in der Woche geleistet werden müssen, und nun soll auch gleich gesagt werden, wie diese „Parteilied“ aussieht. In letzter Zeit fällt jede beliebige Wdhreibung darunter, und man hört schon Klagen von Unternehmern über unerhörte Schmuckkurrenz dieses Betriebes. Dieser Tage fand dort auch ein Betriebsratswahl statt, aber die Feder trübte sich, diese zu schildern; eins sei aber doch mitgeteilt. Bei einer Belegschaft von etwa 25 Personen gab es zwei Listen. Eine wurde für „ungültig“ erklärt, und die kommunistische Presse wird in den nächsten Tagen der Welt verkünden, daß „nur W.D. Betriebsräte“ gewählt worden sind. Der deutschen Kollegenschaft soll noch mitgeteilt werden, daß fünfvierteljahr lang, bis 1. April d. J., der „Genosse und Verbandskollege ohne Beiträge“ von Appen Geschäftsführer dieser Druckerei war. Das schlimmste und traurigste an diesem Kapitel ist aber, daß einige Verbandskollegen dieses verhängnisvolle Spiel mitmachen und mit Blindheit geschlagen sind; jedoch sind Gau- und Ortsvorstand dabei, mit diesen Zuständen gründlich Schluß zu machen. Nach dem ersten Teil über örtliche Angelegenheiten fand dann noch ein Vortrag des Vorsitzenden des Ortsausschusses im W.D.B. über „Opposition ein und jeht!“ statt. Der Vortragende, ein guter Redner und Kenner des Gebietes, fand eine aufmerksame Hörschaft. In der sehr lebhaften Diskussion kam aber alles zum Ausdruck, daß der Arbeiterkampf nach der Revolution viel zueinander aus den Händen genommen wurde, daher auch die wachsende Erbitterung in den Gewerkschaften. Eine klare Unterjochung tritt immer mehr zutage, diktiert von einer brutalen Unternehmerrschaft. W.D.-Bestrebungen und -Gedanken lehnt aber die Königsberger Kollegenschaft gegen ein halbes Dutzend Fanatiker ab.

Langenfelz. In unserer Versammlung am 21. März referierte Gauvorsitzer **W i s l a u g** über das jetzt sehr aktuelle Thema: „Die Gewerkschaften in Abwehrstellung“. Er führte den Kollegen vor Augen, wie wir infolge der Wirtschaftskrise in die Defensive gebrängt wurden und zeigte an Hand von reichem Material, wie der Faschismus arbeitet, um durch Zellenbildung Besätze in die Gewerkschaften zu schlagen. Nur durch Einigkeit und festes Zusammenhalten könnte den Gefahren von links und rechts begegnet werden. In der sehr regen Diskussion wurden die Ausführungen des Referenten von verschiedenen Kollegen noch ganz besonders unterstrichen. Der Antrag auf Abhaltung eines außerordentlichen Verbandstages wurde einstimmig abgelehnt. Um die Arbeitslosigkeit einzudämmen, wurde folgende Entschloßung eingebracht und von der Versammlung angenommen: „Die am 21. März im Festseller verammelten Buchdrucker sind sich darin einig, daß in der Hauptsache nur durch eine Verkürzung der Arbeitszeit der riesigen Arbeitslosigkeit Einhalt geboten werden kann. Wir erwarten von unserm Verbandsvorstand, daß er mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln sich für die 40-Stunden-Woche mit Lohnausgleich und Einstellungszwang einsetzen wird.“

Mannheim. (Korrespondent.) Unsere Generalversammlung am 15. März hatte sich eines sehr guten Besuchs zu erfreuen. Vorsitzender **K ö r n e r** begrüßte die Erschienenen im Namen des Korrektorenvereins **Mannheim-Ludwigshafen**, ehrte das Andenken eines dahingegangenen Kollegen und gab sodann einen Rückblick über die Tätigkeit der Sparte im verfloßenen Jahr. Die Werbetätigkeit war reg. Dem Gau und dem Bezirk wurde für materielle Unterstützung Dank gesagt. Aus dem Bericht des **Mastereis B u n o W a g n e r** ging hervor, daß die Kassenverhältnisse trotz der großen Ausgaben aus Anlaß unseres 25jährigen Stiftungsfestes gut sind. Bei der darauf folgenden Neuwahl des Vorstandes wurde per Affirmation der alte Vorstand wieder zur Leitung der Sparte berufen. Beim letzten Punkt der Tagesordnung legte Kollege **K ö r n e r** allen Mitgliedern warm ans Herz, auch in Zukunft tatkräftig in die Werbearbeit einzutreten, damit sich alle der Sparte fernstehenden Kollegen in unserm Kreis vereinigen.

Münster i. W. Unsere Bezirksgeneralversammlung fand am 22. März hier statt. Trotz des hochatmosphärischen Referats, „Das wirtschaftliche Stagnieren“ war die auf den Nachmittag gelegte Versammlung nicht besonders besetzt. Der Referent, ein Kollege vom Metallarbeiterverband, der in den letzten Monaten in fast allen größeren Städten Nord- und Mittelitaliens gearbeitet hatte, gab nach einer Schilderung des Verdens Misstandes ein erschütterndes Bild von den Lebensverhältnissen des italienischen Proletariats unter faschistischem Regime. Von besonderem Interesse waren die Vergleiche über die Taktik der deutschen Nationalsozialisten und die faschistische Partei Italiens zur Zeit ihres Aufstieges. Mit allen zu Gebote stehenden Mitteln müsse die deutsche Arbeiterklasse die drohende Gefahr bekämpfen, wolle sie nicht einft das Schicksal der italienischen Arbeiter teilen. Zum „Gesellschaftlichen Teil“ lag der Jahresbericht des Vorstandes, der zu Beanstandungen keinen Anlaß gab, gedruckt vor. Der amtierende Vorstand wurde ohne Veränderung wiedergewählt. Der Kassenbericht ergab trotz starker Belastung durch die im Bezirk hohe Arbeitslosigkeit noch einen relativ günstigen Kassenbestand. Dem Gesangverein „Typographic“ wurden zur Deckung seiner Ausgaben für arbeitslose Gänger 200 M. aus der Bezirkskasse bewilligt. Auf Antrag des Vorstandes findet die nächste Bezirksversammlung in Verbindung mit dem Bezirksjahressfest am 28. Juni in Münster statt.

Neustrelitz. Am 22. März fielen wir unsre gut besetzte Bezirksversammlung ab. Der Vorsitzende konnte besonders unsern Gauvorsitzer **Dehndt** und den Referenten, Kollegen **Sietmann**, begrüßen. Aus dem Kassenbericht war zu entnehmen, daß ein guter Bestand vorhanden ist. Sodann sprach Kollege **S i e t m a n n** über „Die Bedeutung der Bundeskasse des W.D.B. für die Gegenwartsaufgaben der Gewerkschaften“. Nach einer kurzen Beschreibung und Arbeitsweise der Bundeskasse ging der Referent zu den aktuellsten Problemen der gewerkschaftlichen Gegenwartsaufgaben über. Er schilderte in eingehender Weise die Wandlungen in der Sozialpolitik, die Wirtschaftskrise, die Nationalisierung und die gegenwärtigen brennenden Zeit- und Tagesfragen, wie Schließungswesen, Tarif- und Lohnpolitik. Der Vortrag löste starken Beifall aus. In der Ansprache gab der Referent jedem Disziplinierenden die gewünschte Aufklärung. Die Berichte aus den Mitgliedschaften ergaben nichts Besonderes. Auf Antrag wurden den teilnehmenden arbeitslosen Kollegen 5 M. Gehalt bewilligt. Unre nächste Bezirksversammlung findet in Waren statt. Unter „Vergleichendem“ gab Kollege **D a h n e** einen Fall bekannt, in dem die Kollegen einer Druckerei ihre Lohnreste zu einer enormen Höhe anwachsen ließen. Er warnte die Kollegen dringend, Lohnreste längere Zeit stehen zu lassen. Ein Schreiben des Ortsvereins Klotz betreffs Abhaltung eines außerordentlichen Verbandstages fand keine Unterstützung durch die Versammlung.

Klotz. Im Mittelpunk unserer Versammlung am 24. März stand ein Antrag auf Einberufung eines außerordentlichen Verbandstages. Nach der mehr oder minder heftig geführten Diskussion, in der besonders das für und wider des Klassenstaatlichen Schließungswesens eingehend erörtert wurde, nahm die Versammlung, der Anregung des Vorstandes folgend, den Antrag an. Er enthält sinngemäß gleiche Forderungen wie der von den Disziplinierenden angenommene. Geschäftliche und tarifliche Fragen bilden weiterhin Gegenstand erster Beratung.

Stuttgart. (Handseher.) Unre zweite Generalversammlung war gut besucht. Kollege **W a g n e r** begrüßte die Spartenvertreter und unsern Gauvorsitzer **Klein**. Zu dem Punkt „Gesellschaftliche Mitteilungen“ führte Kollege **W a g n e r** aus, daß wir im vergangenen Jahr viel unter der Arbeitslosigkeit leiden mußten. Trotzdem von Woche zu Woche die Arbeitslosigkeit und die Kurzarbeit in die Höhe gingen, hatten wir doch einen Aufschwung zu verzeichnen. Auf Beschluß der Wanderverammlung in Heilbronn findet unsre diesjährige Wanderverammlung in Tübingen statt. Zum Kassenbericht führte Kollege **P f a n d e r** aus, daß ein Überschuß von 667 M. zu verzeichnen sei. Er dankte speziell den Druckereistellern für

überdauern werden. Der materielle Vortrag bekommt immer mehr plastische Gesichtszüge, viele Gemälde sind fast reliefartig und von statuarischer Größe, die den geborenen Bildhauer nicht verleugnen. 56jährig kehrt dann Meunier auch wirklich zur Bildhauerei zurück, und die Folgezeit wird zur Reifezeit seiner künstlerischen und menschlichen Entwicklung.

Dieser Zeit verdanken wir die Entdeckung der vielen Plastiken, die Meuniers sozialkünstlerische Bedeutung und seinen Ruhm über die Grenzen seines engeren Vaterlandes trugen. Vor allem aus Frankreich (Ausstellung 1896, Paris) und Deutschland (Große Dresdner Kunstausstellung 1897) kamen Stimmen der Begeisterung und des lauten Beifalls. In der großen Familie der Arbeiter wurzelt er ganz. Thematisch nimmt er auch in der Bildhauerei die Gestalt des arbeitenden Menschen zum Anlaß. Es entstehen: der „Puddler“, der „Sammerhämmer“, der „Kastenträger“, die ergreifende Bronzegruppe „Opfer des schlagenden Wetters“ und die nicht weniger ergreifende Gruppe „Grubenang“ und andre. In allen diesen Statuen wie auch in den Reliefs, die er zu prachtvollen Verkörperungen des plastischen Gefühls der Neuzeit bildete, lebt wohl noch der Geist der Antike, dem er die schöpferischsten Anregungen verdankt, aber es sind keine Wiederholungen des Vergangenen mehr, sondern, zumal die griechischen Meister nicht an ein soziales Thema gebunden waren, Fortführung der antiken Fähigkeiten einer plastischen Vollkommenheit, umgewandelt und erhöht durch eine neue, zukunftsträchtige Wirklichkeit. Aus seinen steinernen und metallenen Statuen und Reliefs klingt der neue, soziale Geist, der schon durch Emile Zolas „Germinal“ als die Morgenröte der arbeitenden Menschheit heraufbeschworen wurde. Ja, der robuste, soziale Naturalismus Zolas entspringt der gleichen erhabenen Gewalt einer großen Idee. Der bekannte Kunstschlichter **Karl Scheffler** geht sogar so weit, die Plastiken wie „Illustrationen zum symbolisierenden Naturalismus Zolas“ zu empfinden. Aber dieser Naturalismus ist nicht eine proto-

kolarkische Wiedergabe der graufamen Wirklichkeit, sondern in ihm lebt schon ein kämpferisches, selbstbewußtes Ethos. Meuniers Arbeitergestalten stützen nicht mehr um einen verlorenen Himmel, der noch Apollo in sorgloser Schönheit leicht beschwingt durch die Fluren schreiten ließ. Sie sind von härterer Form, nicht nur im Sinne des Materials, energiegeladener, sie lassen sich nicht mehr in den Staub werfen. Meunier ist schon Kühler des neuen Kraftgefühls einer erwachenden, sich selbst befreienden Menschheit. Obwohl fast alle seine Figuren nicht über 50 bis 60 cm Höhe hinausgehen, sind sie doch von monumentaler Großartigkeit. Er verfiel nicht der bürgerlichen Sentimentalität, die dem „kleinen Mann aus dem Volke“ schmiegeln möchte, sondern gibt den Gestalten Imperium aber doch dynamischen Ausdruck einer in sich geschlossenen Wesenshaftigkeit.

Das unvollendet gebliebene „Denkmal der Arbeit“ sollte die Lebensarbeit dieses Künstlers in einem groß angelegten Werk zusammenfassen. Vier mächtige Reliefs (die Industrie, der Verkehr, die Landwirtschaft und die Heimkehr der Bergleute darstellend) sollten von überlebensgroßen Arbeitergestalten geträgt werden. Meunier widmete sich fast das ganze letzte Jahrzehnt seines Lebens diesem gewaltigen Monument. Verhandlungen betreffs des Ankaufs durch den Staat scheiterten wofol aus politischen Gründen. Die keraltische Kammermehrheit führte, daß dieses „Denkmal der Arbeit“ als Beherrschung der Arbeiterpartei angesehen werden könnte, und wollte (und konnte) es nicht auf eine solche zweifelhaft wirkungsvolle Demonstration der nicht mehr aufzuhaltenden Idee eines neuen Selbsttums der Arbeit ankommen lassen. Obwohl Meunier von zäher Natur war, rief ihn doch der Tod aus seiner Arbeit, die in all der Vielfältigkeit der künstlerischen Gestaltung dem erwachenden Arbeiterstand als den Träger einer menschlichen sozialen Kultur gewidmet war. In den Armen seiner Tochter und seines Freundes, des Landschaftsmalers **Verheyden**, verschied er am 4. April 1905.

Wahrlich ewiglich und umgeben von wähernder Dankbarkeit wird er und sein Werk im Herzen des Proletariats fortleben. In den Museen in Brüssel, Paris, Dresden, in der Berliner Nationalgalerie und in der Kunstfalle in Hamburg sowie vielen andern deutschen und ausländischen Kunstsammlungen fand es Aufstellung. Fast alle literarischen Darstellungen (die von **Treu, Scheffler, Genel**, auch das französische Hauptwerk seines Freundes **Bemmeret**) sind vergiffen. Nur wenige Veröffentlichungen zeten wenigstens in illustrierter Form einen Teil seiner Zeichnungen, Gemälde und Plastiken in den anteilnehmenden Kreis seiner Gemeinde. Vor allem hat **P a u l B r a n d t** in seinem zweiändigen tiefschürfenden Werk, „Schaffende Arbeit und bildende Kunst“ (**Kröner, Leipzig**), das zum erstenmal die Arbeit als Gegenstand der bildenden Kunst vom Altertum bis zur Neuzeit, unterstützt von über 900 hülfsvoll zusammengebrachten Abbildungen, darzustellen versucht. Meunier ein besonderes Kapitel gewidmet. Da es zur Anschaffung für den einzelnen zu teuer ist, sollte es wenigstens in jeder Gewerkschaftsbibliothek zu finden sein. Auch **E r i c h K a n a u**, der literarische Leiter der **Bildergilde Gutenberg**, profiliert in seinem immer wieder zu empfehlenden Buch „Empörung und Gestaltung“ (**Bildergilde Gutenberg**) in schöpferischer Einfühlung die Gestalt dieses großen Meisters. Auch auf das kleine nützliche Buch von **M a r g o t R i e b**, „Der Arbeiter in der bildenden Kunst“ (**Verlag der Neuen Gesellschaft, Berlin**), sei noch nachdrücklich verwiesen. Somit bleibt uns wenigstens in dieser Form das zu ehrende Vermächtnis. Aber Knetschhaft, Feigheit, Verrat, Zergrabe triumphiert immer wieder der siegesbewußte heilige Tatwille der arbeitenden Menschheit, der, verbürdet mit den Meunierschen Fischen, Hafnarbeitern, Heigern, Mäherinnen, Bergleuten, Mätkern, Greisen und Kindern, wie aus dunkler Tiefe aufricht und den Hammer schwingt...

W a t t h e r G. D. S c h i e w e t k i.

ihre Arbeit. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. In der Diskussion beteiligte sich auch unser Gauvorsitzer Klein. Kollege Wagner untersuchte seine Ausführungen. Kollege Kfänder hat, eine Aussprache zwischen Handsetzer und Maschinensetzer herbeizuführen. Kollege Kofler hat erwähnt, daß die Sparten nur zur Fortbildung da seien, daß der Gauvorstand aber bereit sei, in den Möglichkeiten in Ordnung zu bringen. Eine Aussprache hielt er für zwecklos. Kollege Bissinger dankte der Berechnungskommission. Zum nächsten Tagesordnungspunkt lag ein Antrag des Vorstandes vor auf Ansetzung eines Vereinsnachweisers, der angenommen wurde. Kollege Heintze stellte den Antrag auf Entschädigung des Vorstandes wie das letzte Jahr, was ebenfalls genehmigt wurde. Bei der Vorstandswahl hat Kollege Neumann, von seiner Wiederwahl Abstand zu nehmen. Nach kurzer Aussprache hierüber wurde der Antrag gestellt, den Vorstand per Affirmation wiederzuwählen, was einstimmig geschah. Unter Punkt „Allgemeines“ gab Kollege Wagner vom Jubiläum des Bildungsverbandes am 18. April Kenntnis. Kollege Reinhardt führte aus, daß diese Erinnerungsfeier für die 31 Jubilare und für den Bildungsverband ein Ereignis sei. Verschiedene Kollegen haben, die Agitation nicht nur auf dem Land, sondern auch in Städte in Stuttgart zu beginnen. Kollege Wagner führte aus, wäre die Regierung Müller am Ruder geblieben, würde es heute besser mit uns bestellt sein. Kollege Klein gab noch einen kurzen Bericht über das, was in der nächsten Zeit zu erwarten sei und betonte dabei, daß die 40-Stunden-Woche kommen werde. Vorsitzender Wagner dankte hierauf allen Teilnehmern, besonders dem Kollegen Klein, für seine überaus wertvollen Ausführungen.

Widerruf. (Zweite Sitzung.) Unser Jahres-Hauptversammlung am 20. Januar gaben Jahresberichte und Vorstandswahlen das Gepräge. Die sachlich bearbeiteten Jahresberichte des Schriftführers und des Lehrleiters sowie die vorgetragenen Rassenberichte fanden volle Anerkennung durch die Versammlung. Die Vorstandswahlen ergaben einstimmig die Wiederwahl des bisherigen Vorstandes. Auch alle sonstigen Funktionen behielten ihre Ämter. Um die von Durchreisenden sehr stark in Anspruch genommene Ortsklasse für durchreisende Kollegen auf die Hälfte der bis jetzt gezahlten Beträge herabzusetzen. Eine Aussprache über Fragen allgemeiner Natur beschloß die Versammlung. — Die am 8. Februar in Weihen abgehaltene Bezirksversammlung interessierte besonders durch die Berichterstattung über die Lohnverhandlungen und Stellungnahme zum Schiedsspruch. — Wegen einer Reihe sonstiger Veranlassungen fand im Februar keine Ortsvereinsversammlung statt. — Die Versammlung am 21. März, zu der auch die Beihilgen erschienen waren, brachte uns einen Vortrag über „Kleinschreibung“. In der Aussprache wurden Vor- und Nachteile der Kleinschreibung herausgestellt. Wenn man der vom Bildungsverband stark propagierten absoluten Kleinschreibung auch nicht beipflichtete, so war doch die Meinung, daß in der heute geltenden Rechtschreibung eine Vereinfachung Platz greifen müsse, allgemein. Anschließend berichtete der Beihilgenleiter über das Bezirkstreffen in Weihen. Eine ausgedehnte Debatte über die einseitigen Vereins- und Betriebsfragen beschloß die Versammlung. Reges Interesse und fast vollständiger Besuch zeichneten alle Versammlungen aus.

Wuppertal - Barmen. Die hiesige Ortsgruppe des Bildungsverbandes veranstaltete am 15. März im Vortragsraum des Städtischen Jugendheimes einen Filmvortrag der Firma C. Schwarz (Leipzig). „Ein galvanoplastischer Großbetrieb“. Der Film wurde der Vereingung kostenlos zur Verfügung gestellt und veranschaulichte den in großer Zahl erschienenen Teilnehmern den Weggedang des Galvanos und einen Betrieb, der mit modernsten Maschinen ausgestattet ist. Verbunden mit dieser Vorführung war eine reichhaltige Ausstellung graphischer Arbeiten im Erdgeschoss desselben Hauses, die den Teilnehmern zeigte, wie weit die moderne Druckausgestaltung und Graphik in Wuppertal und Umgebung sich durchgesetzt hat. An den schöpferischen Arbeiten konnte man erkennen, daß es den schöpferischen Kräften des Buchdruckgewerbes der hiesigen Gegend gelungen ist, der heutigen Zeit ihre besondere Note zu geben. Vorsitzender Tackenberg dankte am Schluß der Veranstaltung den Erscheinenden für ihr Interesse und den Mitarbeitern, die zum Gelingen des Wertes beigetragen hatten.

Werden (Aster). Am 15. März fand hier die Generalsversammlung des Bezirks Altes-Weber statt. Zahlreich waren die Kollegen aus den umliegenden Druckorten erschienen, denn von 137 Kollegen im Bezirk waren 97 anwesend. Nach Erzung eines verstorbenen Kollegen und Begrüßung der Mitglieder durch den Vorsitzenden Graack (Werden) wurde die Versammlung eröffnet. Vom Gauvorstand war Gauvorsitzer Fißler (Bremen) anwesend. Jahresbericht und Rassenbericht, die gedruckt vorlagen, wurden genehmigt. Die Berichte aus den Mitgliedschaften fanden durch den Lohnabbau eine interessante Bereicherung. Nach den Erklärungen der verschiedenen Redner hatte ein Teil der Prinzipale kaum an eine Lohnherabsetzung gedacht. Ein Teil der Kollegen ist auch in dem Genuß des bisherigen Lohnes geblieben, während aber auch andererseits einige Prinzipale nicht schnell genug den Lohnabbau vornehmen konnten. Der Verbindlichkeitsklärung mußte ja auch schnell Folge geleistet werden. Wo bleibt aber der Preisabbau? Kollege Fißler beleuchtete dann die augenblickliche wirtschaftliche Lage, die als Weltwirtschaftskrise zu bezeichnen ist, und deren Entfaltung schon auf den Weltkrieg zurückzuführen. Die privatkapitalistische Wirtschaft hat auch kein Interesse an einer Senkung der Preise, im Gegenteil, man legt Betriebe still oder verringert die Belegschaften, um nur die Preise zu halten, wodurch aber das Elend der Arbeiter vergrößert wird. Man kann den Unmut der Kollegen über den Lohnabbau verstehen, ganz besonders schon deshalb, weil das Buchdruckgewerbe noch nicht zu den schädlichsten zählt. Vorstandsvorstand und Geschäftsvertreter haben aber alles getan, um einen Abbau zu verhindern. Schuld sind mit die politischen Verhältnisse und das heutige Schicksalswesen, das für starke Gewerkschaften unter Umständen hemmend wirkt. Politische Aufklärung, besonders auch unter den jüngeren Kollegen, tut not. Es ist wirtschaftlich gesehen ein Unheil, durch noch weiteren Lohnabbau die Wirtschaft anzufahren zu wollen. Arbeiten wir mit an kulturellen Aufstiege der Gewerkschaften. Kämpfen heißt Opfer bringen. Folgen wir, daß wir in Zukunft bereit

dazu sind. Die dann einsetzende Aussprache war lebhaft, und z. T. gab es auch sehr erhitzte Gemüter, denen nicht genug gesehen war, um den Lohnabbau abzuwehren. Die große Mehrheit aber erkannte an, daß alles getan worden ist, was unsere Vertreter tun konnten. In seinem Schlußwort brachte Kollege Fißler dies noch besonders zum Ausdruck. Auch vielen Kollegen lag es sehr, ihren Prinzipalen gegenüber mehr Rückhalt zu zeigen. Der Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Auch in den übrigen Punkten blieb es wie bisher. Als Tagungsort für die Herbstversammlung wurde mit großer Mehrheit Bremen gewählt.

Allgemeine Rundschau

Tariffonflikt in Norwegen. Wie uns telegraphisch aus Oslo mitgeteilt wurde, sind dort die Buchdrucker am 8. April in den Streit getreten. Bei Übernahme von Arbeiten aus Norwegen ist Vorhalt geboten. In Berlin sind bereits Versuche gemacht worden, norwegische Druckfahnen in Auftrag zu geben. Strenge Solidarität ist gewerkschaftliche Pflicht.

Ein Sechsjähriger. Am 11. April d. J. wird Kollege Hermann Schlessler in Berlin 60 Jahre alt. Damit vollendet sich ein Lebensabschnitt, der zu kurzer Rückschau nötigt, weil er ein gut Teil der Lebensarbeit in sich schließt, die Kollege Schlessler für den Gau Berlin und damit auch für die Gesamtorganisation geleistet hat. Als Kassierer unseres größten Verbandes, welches verantwortungsvolle Amt er als Nachfolger des Kollegen Giesecke seit 1. Oktober 1908 getreu erfüllt, zählt Hermann Schlessler zu den bekanntesten Verbandsfunktionären. Seit Beendigung seiner Lehrzeit im Jahre 1890 dem Verband angehörig, konditionierte er in jungen Jahren in verschiedenen Städten, darunter in Hagen in Westfalen, wo er von 1892 bis 1898 tätig war. Nach Berlin zurückgekehrt, fand er bald im Vordergrund des Organisationslebens. Zur Dresdener Generalversammlung wurde ihm von der Berliner Kollegenchaft erstmalig ein Mandat übertragen, und seitdem ist Kollege Schlessler zu jeder Verbandstagung delegiert worden, wo er dank seiner Sachkenntnis in wichtigen Kommissionen wertvolle und erfolgreiche Mitarbeit leistete. Über auch an anderen Stellen wirkte der nunmehr Sechsjährige unablässig als treuer Sachwalter der Gehilfenchaft oder der allgemeinen Arbeiterbewegung. Seit mehr als 25 Jahren ist Kollege Schlessler Vorsitzender des Berliner Schiedsgerichts, in welcher tariflichen Institution er, gestützt auf klaren Verstand und unbeeugames Rechtsempfinden, eine Ansammlung von Arbeit geleistet hat. Wer jemals mit Hermann Schlessler in persönliche Beziehungen getreten ist, wird die Schlichtheit und Geradsicht seines Wesens erkannt haben. Mittel und Wege flug abwägend, war er stets besorgt, der Kollegenchaft ein guter Berater zu sein und gegen niemand mit der Wahrheit hinter dem Berg zu halten. Zu seinem 60. Geburtstag erbotien wir unsern Kollegen Schlessler Glück und Glückwünsche. Damit sei die Hoffnung verknüpft, daß er dem Gau Berlin und der Gesamtorganisation noch recht lange in geistiger und körperlicher Rüstigkeit erhalten bleibt!

Nachahmendes Beispiel. Anlässlich des hundertjährigen Bestehens des „Goldberger Lagerplatz“ in Goldberg (Sachsen) veranstaltete dessen Besitzer, Herr Guido Gieseler, für sein Gesamtpersonal ein wertvolles Schachfest mit allerlei sonstigen Spenden, wobei sämtliche Fleisch- und Wurstwaren an die Beteiligten zur Verteilung gelangten. Am Vormittag des Jubiläumstages wurden drei am längsten im Betriebe tätige Kollegen besonders ausgezeichnet, und sämtliche Betriebsangehörige erhielten, je nach Gehaltszugehörigkeit, ansehnliche Geldspenden.

Gehilfenprüfungen. Am 26., 27. und 28. März fanden im Handwerkskammerbezirk Bielefeld die diesjährigen Gehilfenprüfungen statt. Es unterzogen sich insgesamt 31 Seher, 18 Drucker und 2 Stereotyperschlinge der Prüfung. Sämtliche Prüflinge haben die Prüfung bestanden, 10 Seher erhielten die Note Gut, 19 Seher ziemlich gut, 2 Genügend; von den Druckern 5 Gut, 12 ziemlich gut und einer Genügend. Ein Stereotyperschling erhielt die Note Gut und einer ziemlich gut. Die guten Resultate sind teils auf die schon vorausgehenden Zwischenprüfungen zurückzuführen. — Der Gehilfenprüfung an der Gewerkschule Gelnhausen unterzogen sich 12 Seherlehrlinge und ein Stereotyperschling. Im Praktischen erhielten 3 die Note Gut, 6 im Ganzen gut, 4 Genügend. Bessere Jenuren wurden im Theoretischen erteilt: 2 Sehr gut, 4 Gut, 4 im Ganzen gut, 3 Genügend. — Zur diesjährigen Gehilfenprüfung in Göttingen hatten sich gemeldet: Aus Göttinger auf einem 24jährigen Seherkollegen ein Seher, drei Drucker und ein Stereotypsch; der ältere Kollege und ein Drucker bestanden die Prüfung mit Gut, zwei Drucker, ein Seher und der Stereotypsch mit Genügend, der andre Seher und der Drucker bestanden die Prüfung nicht und sollen diese in einem halben Jahr wiederholen. Ein Schweizerdegen aus Ohndorf bestand mit Genügend und ein Seher aus Wattershausen mit Gut.

Internationale Jubiläumsfeier 1931 in Basel. Angeregt durch Kollegen des deutschen und des französischen Verbandes, hat es die Sektion Basel des Schweizerischen Typographenbundes gern übernommen, in der Dreiländerzone eine internationale Zusammenkunft der Buchdrucker zu veranstalten. Bereits liegen Anmeldungen von aus Weh, Colmar, Straßburg und Milfausen des ehemaligen Gaues Elsas-Lothringens, ferner von Karlsruhe, Freiburg, Konstanz und benachbarten badischen und württembergischen Druckorten. Eine Vertretung des Internationalen Buchdruckerföderations in Bern wird ebenfalls anwesend sein, und die schweizerischen Kollegen werden alles aufbieten, um der kollektiven Veranstaltung einen nachhaltigen Eindruck zu verschaffen. Die Feier selbst findet am 27. und 28. Juni statt, und es ergeht auch hiermit an alle benachbarten Kollegen, die vielleicht durch die verdankten Zirkulare nicht erreicht wurden, die freundliche Einladung zur Beteiligung. Interessierten wenden sich an das Sekretariat der Typographia Basel, Wolfshausen Burgvogel.

Vom Alltags-Unternehmen. Eine Anzahl invalider Berliner Kollegen, die auf eine bis über 60jährige Buchdruckerlaufbahn zurückblicken können, hatten dieser Tage Gelegenheit, im Alltags-Druckhaus in Berlin-Tempelhof

den Fortschritt im Bau von Buchdruckereien, von Maschinen sowie im Druckerfahren selbst zu bewundern. Wie uns einer der Teilnehmer an dieser Beschäftigung schrieb, haben sie unter vorzüglicher Führung mit noch mehreren Besuchern aus dem ausländischen Buchdruckgewerbe die einzelnen Räume des riesenhaften Unternehmens im vollen Betrieb. Nach den erklärten Worten des Führers ist das Alltags-Unternehmen nicht nur das größte in Deutschland, sondern in Europa; America ist, was Größe und Personalmenge betrifft, im Buchdruck voraus. Aberall geistliche Sauberkeit. Gestraucht hat es, zu hören, daß der Verlag Alltags — nach dem Tode vom Dezember 1930 — insgesamt rund 10000 Personen beschäftigt. (Die Belegschaft der Reichsdruckerei in Berlin, die früher als größtes Druckereunternehmen galt, schwankte zwischen 3000 bis 4000 Personen.) Von den 10000 Personen sind über 300 Redakteure und Zeichner, rund 2000 kaufmännische Angestellte, rund 3200 technische Angestellte, rund 4800 Boten, Radfahrer, Chauffeure usw. Der Alltags-Nachrichtendienst verfügt in Deutschland über 41 Haupt- und 144 Unterpunktposten und wird im Ausland von 34 Haupt- und 144 Unterpunktposten vertreten (u. a. Tokio, Oslo, Schanghai, Hongkong usw.). Die Zeitungsdruckerei des Alltags-Verlages, die sich in der Koch-, Charlotten- und Marktgrabenstraße in Berlin befindet, hat allein 89 Notationsmaschinen, 80 Sehmastmaschinen, und in den Handscherebetrieben werden noch rund 400 Personen in wechselnder Schicht beschäftigt. Das Tempelhofer Haus ist nur für die Zwecke des Buch- und Zeitschriftenverlages errichtet. Hier befinden sich allein noch 61 Notationsdruckmaschinen für Wilderdruck sowie 56 Schnellpressen für Kleindruck, 15 Offset- und 5 Tiefdruckmaschinen. Gearbeitet wird in drei Schichten Tag und Nacht. Für die rund 70 Beihilgen ist eine eigene Schule errichtet, die aber unabhängig von der Pflichtfortbildungsschule ist, die ebenfalls besucht werden muß. Es ist also für das „Vorwärtskommen“ gesorgt. Besonders interessant zu sehen war eine 27 Meter lange Zusammenstragmaschine, die die einzelnen Teile eines Buches selbstständig zusammenführt, das Werk heftet und mit Umschlag versehen. So schon sich das anseht und so vollkommen diese Maschine auch ist, aber — leider macht sie Menschenkräfte überflüssig. Rund 2007 Waggons Zeitungsdruckpapier zu je 10000 kg im Werte von 22 Mill. M. wurden 1929 verbraucht. Jeht bis es Papierfabriken sollen sich in die Versorgung teilen. Interessant ist noch, daß der Alltags-Verlag einen eignen Fuhrpark mit 138 Personen- und Lastautos, zwei Motorboote und drei Flugzeuge unterhält.

Arbeitslose als Tanzlagerechtern. Im Verein mit einem anderen Arbeitslosen schuf ein Kollege einen neuen Tanzlager, einen schmiligen und melodischen Fortschritt: „Wenn es senft, wenn es tropet...“, der vom „Modernen Musikverlag Berlin-Halensee (Geopold Maack) verlegt wurde und Berlin in Verbindung mit der hiesigen Inselstadt Werder zum Motiv hat. Die beiden Autoren taten dies in der Hoffnung, etwas zu der spärlichen Unterfertigung hinzuaguerdienen. Leider ist dieses Werk von bekannten Schlagerkomponisten überflutet, so daß die beiden bis jetzt nur Ausgaben hatten. Der neue Schlager wird in Kürze im Berliner Sender zu hören sein; der Breslauer Sender brachte ihn schon zu Gehör, und überall da, wo ihn die Tanzkapellen spielen, findet er die beste Aufnahme. Verhandlungen betreffs Schallplattenaufnahme sind ebenfalls im Gange.

Staatliche Beaufichtigung von Zeitungsunternehmen mit Abonnementversicherung. Vom Reichsaufsichtsrat für Privatversicherung wurde an Zeitungsverlage, die die Abonnementversicherung auf eigene Rechnung betreiben, vor kurzem folgendes Rundschreiben gerichtet: „Nachdem nunmehr das Gesetz vom 30. März 1931 zur Änderung des Gesetzes über die privaten Versicherungsunternehmen in Kraft getreten ist (vgl. „Reichsgesetzblatt“ I Seite 102), nehmen wir zunächst Aufschlußbegehren über Sie insofern in Anspruch, als nach § 1a des Versicherungsaufsichtsgesetzes von der Aufsichtsbörde darüber zu entscheiden ist, ob eine Unternehmung nach § 1 Abs. 1 des Beaufichtigungsgesetzes unterliegt oder nicht. Voraussetzungen, für Sie günstige Entscheidungen der Gerichte oder Verwaltungsbehörden stehen einer erneuten Entscheidung der Aufsichtsbörde nicht entgegen. Wir ersuchen daher ergebenst, uns Ihren Geschäftsplan über Ihre Abonnementversicherung bis zum 20. April 1931 vorzulegen.“

Zunmer wieder Gefängnisstrafen für deutsche Redakteure in Polen. Vor dem Hofener Gericht hatte sich wieder einmal der verantwortliche Redakteur des „Polener Tagesblattes“, Alexander Zurek, wegen Übertretung des befristeten § 131 Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen zu verantworten. Das genannte Blatt hatte seinerzeit einen Artikel veröffentlicht, in dem über eine Konferenz berichtet wurde, die zwischen Vertretern des Rittersbundes und offiziellen Vertretern der deutschen Minderheit in Oberschlesien stattgefunden hatte. In einem früheren Prozeß in derselben Angelegenheit wurden durch die Zeugenausagen der beteiligten Minderheitsvertreter der Wahrheitsbeweis für die in dem betreffenden Bericht — der übrigens der „Rattowitzer Zeitung“ entnommen war — gebachten Tatsachen geführt. Das Gericht sah auch den Wahrheitsbeweis als erbracht an, erließ jedoch in der Einleitung, die das „Polener Tagesblatt“ dem Artikel vorangestellt hatte, die Merkmale des § 131 und verurteilte den Angeklagten zu zwei Monaten Gefängnis. — Am gleichen Tage wurde derselbe Angeklagte wegen einer kurzen Notiz, in der von einer Beschlagnahme des „Kurjer Poznanski“ mit Angabe des Titels Mitteilung gemacht wurde, zu 25 Zloty Geldstrafe verurteilt. Eine dritte Verurteilung wegen eines Artikels über den Starosten in Larnowitz wurde verurteilt. — Wegen eines Feuilletons, in dem auch die fünf Millionen Namenstagsparten des Markgrafen Pilsudski erwähnt wurden, das jedoch in anderen Blättern anstandslos erschienen konnte, wurde das „Polener Tagesblatt“ wieder einmal beschlagnahmt.

Ablehnung der Schiedssprüche für das Baugewerbe durch die Gewerkschaften. Wie unsererzeit berichtet, sind am 27. März von der zentralen Schlichtungsstelle für das Baugewerbe 40 Schiedssprüche gefällt worden, wozu die Erstausgangsfrist am 4. April abließ. Die Schiedssprüche für die Vertragsgebiete Westdeutschland und Rheinland sind von den Gewerkschaften und vom Arbeitgeberverband abgelehnt worden, während der Reichsverband industrieller Unternehmungen angenommen hat. Der Schiedspruch für den Kreis Berlin ist von den Gewerkschaften abgelehnt, von den Unternehmern angenommen worden. Für das Ber-

